

## „Die Stadt Eupen würde mich schon reizen“



Grenz Echo - 21 Jan. 2017  
Pagina 6

*Die PFF-Vorsitzende und Kammerabgeordnete Katrin Jadin (36) schließt nicht aus, dass sie sich bei den nächsten Kommunalwahlen um das Amt des Bürgermeisters von Eupen bewirbt. Außerdem nimmt sie Belgien in Sachen Atomkraft in Schutz.*

Anlässlich des Neujahrsempfangs der ostbelgischen Liberalen im Bergscheiderhof in Raeren am Donnerstagabend führte das GrenzEcho mit Jadin folgendes Gespräch.

Viele schauen auf 2016 mit einem gewissen Entsetzen zurück. Was erwarten Sie sich für die kommende Zeit?

2016 war in gewissem Sinne ein grauenvolles Jahr, und die Herausforderungen nehmen weiterhin zu. In der Sicherheit müssen wir das richtige Gleichgewicht zwischen den Freiheiten und den Grundrechten auf der einen Seite und dem Schutz der Bevölkerung auf der anderen Seite finden. Da werden große Anstrengungen von Nöten sein, die ein hohes Maß an Verantwortungsbewusstsein und Wachsamkeit verlangen.

Und was noch?

Besonders alarmieren muss uns die Krise der EU. Die Debatte um das Freihandelsabkommen Ceta und der Ausstieg der Briten aus der EU haben gezeigt, dass der europäische Gedanke an Kraft verloren hat. Hier müssen wir Politiker uns an die eigene Nase fassen und den Mehrwert Europas gemeinsam und ohne parteipolitisches Kalkül hervorheben. Wir brauchen eine positive Entwicklung hin zu mehr Demokratie und Bürgerbeteiligung.

Mehr Bürgerbeteiligung reicht aber bestimmt nicht.

Nein, es geht auch darum, nach innen und außen mit einer Stimme zu sprechen. Das passiert bislang viel zu selten. Nach innen brauchen wir endlich eine stärkere Harmonisierung der Arbeitsmarkt- und Steuerpolitik, und nach außen mehr eine integrierte Sicherheitspolitik. Die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten lässt nichts Gutes erahnen, was unsere Beziehungen zu Russland betrifft. Wir sollten vorbereitet sein. In der Migrationspolitik müssen wir auf europäischer Ebene Fortschritte erzielen. Das allein wird schon schwer genug. Und um das Vertrauen in die Politik beim Bürger wiederzugewinnen muss, ob auf EU-Ebene oder in Belgien, transparenter gearbeitet werden.

Die Föderalregierung scheint total zerstritten zu sein. Überlebt die Mitte-rechts-Koalition das Jahr 2017?

Wir versuchen seit dem Jahr 2014, nicht nur haushaltspolitisch die Dinge in Ordnung zu bringen, sondern auch notwendige Reformen durchzuführen. Dass dabei viel und kontrovers diskutiert wird, ist doch klar und normal. Fakt bleibt, das Rentensystem muss reformiert werden, der Arbeitsmarkt braucht neue Impulse und die Staatsbahn muss neu strukturiert werden, wenn der Eisenbahnmarkt in 2023 komplett liberalisiert ist.

Es sind ja vor allem die flämischen Parteien, die sich tüchtig streiten. Die MR scheint als einziger frankofoner Partner in der Regierung etwas unterzugehen.

Da müssen wir natürlich gegensteuern und unsere Partei-DNA deutlicher verteidigen. Es gibt einige Unterschiede mit den flämischen Parteien, auch mit der Open VLD. Wir dürfen keine Angst haben, eigene Positionen zu vertreten und unsere Stimme zu erheben, wenn es sein muss.

Sie haben die Haushaltspolitik angesprochen. Das Budget ist völlig aus dem Ruder gelaufen. Kritiker sagen, die Regierung Di Rupo habe das besser gemacht als die Regierung Michel. Brauchen wir eine Schuldenbremse?

Ich weiß nicht, ob das ein richtiger Ansatz wäre. Zuletzt wurde über die Akzisensteuer auf Tabak und Alkohol diskutiert, die weniger als geplant eingebracht hat. Ich denke, man sollte die Sätze wieder senken. Wir reden hier nämlich über gerade einmal 200 Millionen Euro an möglichen Einnahmen. Dabei wurde 2015 nicht einmal die Hälfte eingenommen. Das sind Peanuts, wenn man sich den Gesamthaushalt anschaut. Da muss man an anderen Stellen ansetzen, um das Budget wieder in Ordnung zu bringen. Eine andere Herausforderung sind auch die SEC-Normen...

...die Buchhaltungsnormen der EU, durch die die Investitionen der öffentlichen Hand in Zukunft erschwert werden könnten...

...kleine Länder - wenn wir Luxemburg mal herausnehmen – sind da stärker betroffen als die großen EU-Mitgliedsstaaten. Das ist ein Problem auch letztendlich wegen der noch immer zu großen Staatsschuld Belgiens.

Sie haben eben gesagt, die MR müsse ihre Stimme erheben. Erstaunlich ruhig sind Sie persönlich, wenn es um die Atomkraft geht. Sind Ihnen die Sorgen der Menschen im Grenzraum egal?

Nein. In der Vergangenheit habe ich mich sehr stark eingebracht, als es um die zukünftige Energieversorgung und den richtigen Energiemix für Belgien ging. Ich bedauere sehr, dass in diesem Zusammenhang nicht weiter in Turbogasanlagen investiert wurde. Für die Betreiber waren sie nicht rentabel genug. Also hat man sie aufgegeben. Und die aktuelle Mehrheit hat sich dafür entschieden, im Zuge des Risikos eines Energieblackouts auf die vorhandenen und schnell wieder einsetzbaren Energiequellen - wie die Nuklearenergie - zu setzen. Ziel war und bleibt es, die Katastrophe eines Blackouts zu verhindern. Gerade jetzt mit dem Wintereinbruch sehen wir, dass die Energiezufuhr aus unseren Nachbarländern ausbleiben kann und es wichtig ist, auf eigene Energiequellen zurückgreifen zu können.

Das heißt jetzt was?

Wir brauchen gute Alternativen, weil wir dafür vor allem auf Atomkraftwerke setzen, die keine zehn Jahre mehr laufen werden. Ich erwarte da schon sehr konkrete Vorschläge – übrigens nicht nur von der föderalen Regierung, sondern auch von der Regionalregierung in Namur.

Das ist das Thema Energieversorgung. Wie steht es aber um die Sicherheitsaspekte, wenn man mal auf die „Pannenreaktoren“ in Tihange und Doel schaut?

Ich möchte mal grundsätzlich zu der Sicherheitsdiskussion sagen, dass es in den Niederlanden einen sehr alten Reaktor gibt, der noch immer in Betrieb ist und unweit der belgischen Grenze steht (Kernkraftwerk Borssele, seit 1973 in Betrieb, A.d.R.). Davon hört man so gut wie nichts. Und Frankreich will noch neue Anlagen bauen. Belgien möchte dagegen aus der Atomenergie aussteigen, und zu diesem Entschluss stehe ich zu hundert Prozent. Allerdings ist es mit viel guten Willen nicht getan. Deshalb brauchen wir ja Alternativen, die unsere Produktionskapazität weiterhin sichern. Eine Harmonisierung der Energiepolitik auf EU-Ebene wäre klug und vorausschauend.

Damit haben Sie immer noch nicht auf die Frage nach der Sicherheit der Kernreaktoren in Belgien geantwortet.

Sollte es berechnigte Zweifel an der Sicherheit geben, werden die Anlagen abgeschaltet. Punkt. Es gab zuletzt sehr viel Kritik, nicht nur aus Belgien selbst, sondern vor allem aus den Nachbarländern. Es ist ja auch nicht Innenminister Jan Jambon, der entscheidet, welcher Reaktor sicher ist und welcher nicht, sondern die unabhängige belgische Atomaufsichtsbehörde. Da es Anmahnungen im Ausland bezüglich der Gutachten der Fank gab, werden die Anlagen nun im kontradiktorischen Verfahren überprüft. So wurde es zuletzt mit Deutschland vereinbart.

Und das reicht in Ihren Augen?

Wenn das Resultat negativ sein sollte, muss man handeln. Das haben wir immer so gemacht, wenn es Bedenken gab. Aber Belgien nimmt es mit der Vorsorge und der Transparenz sehr genau. Bei jedem kleinsten Störfall wird das gesamte Atomkraftwerk heruntergefahren und dann wird dazu kommuniziert. Das muss auch so sein, finde ich. Aber ich weiß nicht, ob jedes Land das so streng nimmt. Auch das muss mal gesagt werden.

Sie gehören der Kammer seit 2007 an: Machen Sie auch nach 2019 weiter oder wollen Sie 2018 neue Bürgermeisterin in Eupen werden?

Ich persönlich habe mich im letzten Jahr darüber gefreut, mit 93 Prozent als Vorsitzende der PFF wiedergewählt worden zu sein. Das ist für mich mit einer großen Verantwortung verbunden. Auch mein Mandat als einzige deutschsprachige Abgeordnete in Brüssel nehme ich sehr ernst, und ich lerne jeden Tag hinzu. Dass ich das noch immer sein darf, heißt ja auch, dass die Partei und meine Mitbürger auf mich setzen und ich meinen Auftrag offenbar korrekt erfülle.

Was heißt das nun für die Stadt Eupen?

Die Herausforderungen der Stadt reizen mich schon sehr, und theoretisch könnte man eine Aufgabe als Bürgermeisterin mit der in der Kammer verbinden. Ich weiß aber auch, dass man eine solche Kumulierung in Ostbelgien nicht gerne sieht. Zurzeit laufen Gespräche, um zu sehen, wie wir uns aufstellen wollen.

Von Christian Schmitz

Copyright © 2016 Grenz Echo. Alle rechten vorbehalten